rens spiegelt sich wider, daß die Achtung des Menschen eine real gesicherte Grundlage hat und keine leere Phrase ist. Aus diesem Grunde ist die Stellung des Beschuldigten im Strafverfahren nicht die eines Verfahrensobjektes, sondern die eines Prozeßsubjektes, eines Trägers von Rechten und Pflichten. Die strenge Beachtung dieser Stellung des Beschuldigten ist eine gesetzlich verbindlich gestellte Aufgabe für die Untersuchungsorgane, den Staatsanwalt und das Gericht. Sie ist eine wesentliche Garantie für die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit im Strafverfahren.

Der sozialistischen Gesellschaft kommt auch fu-der Bestimmung den §§ 17) und 18 St AG zum Ausdruck (siehe auch Stp3^i die den Staatsanwalt verpflichtet, zu gewährleisten, daß die JWurdTe Mes Bürgers im Ermittlungsverfahren gewährt und kein Bürger unbegründet beschuldigt "(SfleffiiT seinen Beclllän ungesetzlich eingeschränkt wird, daß nach clef ~ Anordnung der Umersucnungshaff Finä Benachrichtigung vor allem der Angehörigen eiTolGuscTwie eine Sprecherlaubnis an Angehörige und an den Verfeibiger erteilt "wird, sofePrT"daHurch die Ermittlungen nichtTrgefährdef werden, daß bei der Verhaftung von Beschuldigten, die IIIr~minderjährige oder pflegebedürftige Personen zu sorgen haben, die weitere Fürsorge durch andere "Personen, Kollektive oder~Einnecht^gen übernommen wird, daß acRiteßlich Maßnahmen zum Schutz des Vermögens und lleFAVöHnung des verhafteten im erforderlichen Umfang ergriffen werden. Diese Bestimmungen stehen in engem "Zusammenhang mit dem^echT des Beschuldigten auf Verteidigung.

887

Eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf Verteidigung besteht in dem Recht des Beschuldigten und Angeklagten, die Beschuldigung kennenzulernen und iiWer^die Beweismittel unternehmen zu werden. Dies^Unterrichtung über den wesentlichen Inhalt der vorliegenden Beweismittel, vor allem der Zeugenaussagen, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich alle Beschuldigten und nicht nur diejenigen, die einen Wahlverteidiger besitzen, sachgerecht verteidigen und das weitere Recht verwirklichen können, Beweisanträge und andere Anträge zur Durchführung des Verfahrens im Interesse ihrer Verteidigung zu stellen. Solche Jnträge, die noch vor AbsdRuß^ der Ermittlungen gestellt werdenT^helfen mit^ das^ErmittTuhgsergebnis zu vervollständigen und unnötige Rückgaben durchdUh^Staätsänwalt und das Gericht an das Urhersuchungsofgah" zu^Verfheld^n.

Eine wesentliche Bedeutung hat auch das Recht des Beschuldigten und Angeklagten, Beweisanträge und andere Anträge zur Durchführung des Verfahrens zu stellen. Dieses Recht wird in allen Stadien des Verfahrens gewährleistet.

Eine weitere Garantie für die Verwirklichung des Rechts des Beschuldigten und Angeklagten auf Mitwirkung am Strafverfahren besteht in dem Recht, alles Vorbringen zu können, was die erhobene Beschuldigung aus -Tciumen^odV?" seine strafrechtliche Verantwortlichkeit mindern kann. Das flecht, vor Gericht gehört zu werden, ist ein Verfassungsgrundsatz (Artikel 102 Verf.). In diesem Zusammenhang ist auch sein weitreichendes Recht zu nennen, Rechtsmittel (Beschwerde, Berufung) einzulegen sowie das Recht auf Gebrauch seiner Muttersprache und auf die Bestellung e^pgs, Dolmetschers im Falle der Nichtbeherrschung der Gerichtssprache^^3 StPO) Das Recht auf Verteidigung" unIII3TIIancb dasRec^ilch selbst zu

Vi